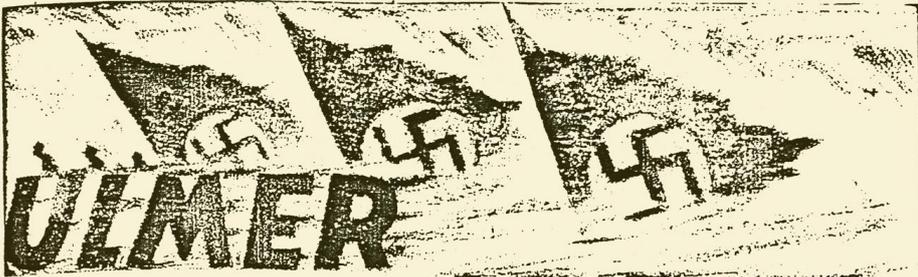




Einzelverkaufspreis 20 Pf.

2. Jahrgang
Nr. 17

Ulm a. D., 16. April 1932



Kampfblatt für Ulm, Neu-Ulm und Umgebung

Abonnements in Ulm a. D. monatlich 17
Semestral 100. Postkonto: Postbe-
halt Ulm a. D. Postamt 2000. Einzel-
verkauf in Schwabenstraße 10, Fern. 2420.
Verleger: Dr. W. Kurr, M. D. R.
Druckort: Ulm a. D. 1932

Abonnements außerhalb Ulm a. D. monatlich 18
Semestral 110. Postkonto: Postbe-
halt Ulm a. D. Postamt 2000. Einzel-
verkauf in Schwabenstraße 10, Fern. 2420.
Verleger: Dr. W. Kurr, M. D. R.
Druckort: Ulm a. D. 1932



Schlagt die Katastrophenspolitiker!

Volksgeoffenen! Volksgeoffenen!

In zwei gemaltigen Wahlkämpfen hat die nationalsozialistische Bewegung wiederum herrliche Siege errufen. Weil über 400000 Wähler Württembergs bekennen sich zum Nationalsozialismus und verleben damit ihrem Willen zur **Neugestaltung des Staates** unabweislich Ausdruck.

Trotz unerwarteter Anstengungen der letzten Wochen bricht die nationalsozialistische Bewegung bereits wieder zu neuem Angriff vor.

Ein überalterter Landtag hat abzutreten. Vängst entrichtet er nicht mehr dem Willen des schwäbischen Volkes. Wäre von einer einst ansehnlichen schwäbischen Demokratie mehr als nur nach der Plume juristgeblieben, dann hätte dieser Landtag nach den Spielregeln der Demokratie bereits nach den Septemberwahlen 1930 freiwillig zurücktreten müssen.

Er hat es nicht getan. Im Gegenteil. Diefelben Parteien, die in der Reichspolitik das Volk von Katastrophe zu Katastrophe hegen, blieben auch in Württemberg an den durch unerfüllte Versprechungen ergatterten Sesseln kleben und vermischteten die letzten Kräfte des Volkserregens.

Württemberg, einst ein blühendes, wohlhabendes Land, steht heute in höchster Gefahr, alles zu verlieren.

Eine schwäbische Regierung, abhängig von Berlin, vermag dem Zerfällungsprozess keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Diese Regierung läßt es zu, daß Württemberg von der Reichsregierung **schlechter behandelt** wird, wie andere Länder.

Diese Regierung läßt es zu, daß andere, d. h. die Reichsregierung, das verwirtschaften, was sie eripen!

Das darf nicht so weitergehen! **Es gilt, das Letzte zu retten!**

Die Katastrophensparteien, die im Reich und in Württemberg sich am Volkswohl in unerhörtester Weise verüßeln haben, müssen **endgültig geschlagen** werden.

Nie wieder darf die Sozialdemokratie Gelegenheit haben, ihren **plamäßig gen Arbeiter- und Volkserrat** fortzuführen.

Nie wieder darf das Zentrum zum Nachteil des schwäbischen Volkes den Kurs der württembergischen Regierung bestimmen.

Endgültig müssen die **Bankrott-Politiker der Staatspartei, der Deutschen Volkspartei, des Christlichen Volksbundes** und der übrigen Splitterparteien ausgeschaltet werden.

Vorbei muß es sein mit jenen dunklen Plänen, Württemberg unter **Zerschlagung des Bismarckreiches** in einen hierokratischen Donauland einzugliedern.

Das schwäbische Volk will deutsch sein und deutsch bleiben, will Ordnung, Freiheit, Frieden, Sauberkeit, Sparfamkeit.

Dafür bürgt allein die nationalsozialistische Bewegung.

Deshalb fordern wir

Schärferen Widerstand gegen die Verleumdungspolitik und Tributpolitik der Reichsregierung.

Wahrung der württembergischen Eigenart und der württembergischen Belange, insbesondere auf dem Gebiet der Verwaltung.

Mahnahmen zur Zurückgewinnung der finanziellen Unabhängigkeit des Landes.

Mahnahmen zur Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit der Gemeinden und damit zugleich Stärkung des Verantwortlichkeitsbewußtseins der Gemeinden. Gerechten Vollenausgleich zwischen Land und Gemeinden.

Wiederherstellung des Rechts der freien Meinungsäußerung und der in der Verfassung niedergelegten Grundrechte.

Sparmahnahmen durch:

Herabsetzung der Zahl der Ministerien von fünf auf drei.

Befchränkung der Aufgaben der Ministerien und Uebertragung dieser Aufgaben an Mittelbehörden, Oberämter und Gemeinden.

- Klare Abgrenzung** der Aufgaben der einzelnen Behörden.
- Aufhebung** der Ortsabfchalt in Berlin.
- Herabsetzung** der Ministergehälter auf höchstens 12000 Mark.
- Herabsetzung** der Gehälter der oberen Beamten der Gemeinden und übrigen Selbstverwaltungsorgane auf höchstens 12000 Mark.
- Vermeidung** der **Begabung** von Nebenämtern in Staat und Gemeinden.
- Herabsetzung** der Gehaltszulagen.
- Entlassung** sämtlicher Parteibürokraten ohne Ausnahme und Streichung der Gehälter der Parteibürokraten.
- Beseitigung** des Nebeneinander- und Gegeneinander-Regierens von Behörden mit gleichen oder ähnlichen Dienstaufgaben.
- Beseitigung** eines **Wohlfahrts** Einkommens des untersten Beamten, Staats- und Gemeindebeamten, das keiner Kürzung unterliegen darf.
- Erhaltung** der in ihren Grundzügen von Bismarck geschaffenen Sozialversicherung und Freimachung der Sozialversicherung von parteipolitischen Einflüssen.
- Kampf** gegen die politische Lüge, gegen roten Terror und gegen Mißbrauch des Christentums zu politischen Zwecken.
- Einführung** der Arbeitsdienstpflicht zur Behebung des Arbeitslosen-Elends in Verbindung mit großzügigester Arbeitsbeschaffung nach den Grundzügen des nationalsozialistischen Programms.
- Mahnahmen** zur Erhaltung der württembergischen Qualitäts-Industrie und des in ihr tätigen Qualitäts-Arbeiters.
- Umstellung** der liberalistischen Handels-Politik der Reichsregierung zum **Interesse** der Stärkung des industriellen und landwirtschaftlichen Binnenmarktes.
- Befchränkung** der Einfuhr ausländischer Erzeugnisse zum Schutz der heimischen Landwirtschaft und Industrie.
- Schaffung** einer einzigen großen berufsständischen Organisation der Landwirtschaft, deren Aufgabe es sein muß, den Absatz der produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu fördern unter besonderer Berücksichtigung des Obst-, Wein- und Gemüsebaus, der Milchviehhaltung und der Viehhaltung.
- Grundständliches** Verbot der Neugründung von Warenhäusern und Einheitspreis-Geschäften.
- Einführung** von Warenhaussteuer und Füllsteuer.
- Beseitigung** der **Sonderrechte** der Konsumvereine auf steuerlichem Gebiet.
- Herabsetzung** der **Zinsätze**, insbesondere der Wohnungskreditzinsen. Förderung des Eigenheimgebankens.
- Schutz** des ehelich erworbenen **Privateigentums**.
- Neuerlicher Widerstand** gegen die bereits beginnende neue Inflation.
- Schärferer Kampf** gegen Schmutz und Schand in Presse, Theater, Kino und Rundfunk.
- Förderung** der im Volkstum verwurzelten **blühenden Kunst**.
- Zuständige Unterstützung** aller Bildungseinrichtungen, Erziehung und Bildung der Jugend in deutscher und christlicher Gelehrung.
- Widerstand** gegen die Einbürgerung volksfremder Elemente.
- Schutz** der Familie, Schutz von Mutter und Kind.

Schlagt die Katastrophenspolitiker!
Wählt Liste 10 - Nationalsozialisten!

Ulmer Sturm vom 16.4.1932 (StA Ulm, G 5/62 vom 16.04.1932).